

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Berlag Selne, Jährenbrück, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127 92. Druck u. Versand Joh. van Veen, Krefeld, Ruth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.—M.

Nummer 8

Düsseldorf, den 21. Februar 1931

Versandort Krefeld

Die Weltwirtschaftskrise

Von Dr. Joseph Jahn.

(Aus einem Vortrag, gehalten auf der Vorstandssitzung des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften am 28. Januar 1931 in Bordeaux.)

Wir leben im Zustand einer konjunkturellen Depression, von der fast alle wichtigen Wirtschaftsländer betroffen sind; der Beginn der Depression war nicht in allen Ländern gleichzeitig, doch kann man von einer allgemeinen Weltwirtschaftskrise etwa seit dem Ende des Jahres 1929 sprechen. Die konjunkturell bedingte „zyklische“ Krise ist verschärft durch das gleichzeitige Wirksamwerden großer struktureller Veränderungen und durch die Rückwirkungen politischer Vorgänge. Durch das Wirksamwerden anderer, nicht konjunktureller Ursachen erklärt sich die ganz besondere Schwere der jetzigen Krise, ihre lange Dauer und die bisher erfolglose Suche nach einem für alle gangbaren Ausweg. Mit dieser Skizze sind nicht alle Schwierigkeiten aller Länder auf einen Nenner gebracht, vielmehr wird das Mitbetroffensein von der Weltwirtschaftskrise in einzelnen Ländern durch heimische Vorgänge und Ursachen verschoben und meistens verschlimmert. Die Bedeutung solcher Besonderheiten läßt sich, wenn man sich auf die großen Länder beschränkt, besonders leicht an den Beispielen Englands, Deutschlands und Frankreichs nachweisen.

In der Frage der Heilung der Krise sind wir in einer ähnlich verzweifelten Lage wie die Wirtschaftspolitik früherer Zeiten gegenüber den von ihnen erlebten Krisen. Wir sehen nur, daß in der ganzen Welt die durch den früheren Liberalismus erzeugte fatalistische Haltung verschwunden ist. Wir fühlen uns vielmehr gedrängt, statt auf Selbstheilung der Krise zu warten, um die Heilung zu bemühen. Die Erfolge sind recht bescheiden; es ist aber immerhin der Beweis erbracht, daß wir wenigstens die gefährlichsten Wirkungen der Krise bekämpfen können, wenn wir auch noch nicht ihrer Ursachen Herr geworden sind. Wir können die praktischen Aufgaben gegenüber der Wirtschaftskrise also einteilen in solche der Symptombekämpfung und solche der Ursachenbekämpfung.

Durch die Ausbreitung der Arbeitslosenversicherung und den Ausbau anderer staatlicher und privater Wohlfahrtseinrichtungen ist es heutzutage ohne Frage möglich, die allerschlimmsten Folgen der Wirtschaftskrise zu mildern. Gewiß kann man auch heute noch, nachdem die Arbeitslosenversicherung in einer ganzen Reihe von Ländern obligatorisch geworden ist, feststellen, daß wir über die Zeit des Experimentierens noch nicht hinausgekommen sind, man hat noch keine allgemein befriedigende Formel gefunden, die das Funktionieren der Versicherung auch in Zeiten einer so ausgebreiteten Krise vollständig sichert. Die Arbeitslosenversicherung ist nach den bisherigen Erfahrungen das wichtigste Hilfsmittel gegenüber den sozialen Krisensymptomen; es muß unser Wunsch sein, den wir in allen Ländern nach Kräften unterstützen müssen, diese Methode weiterzuführen und zu verbessern.

Ein zweites Mittel der Symptombekämpfung ist die öffentliche Arbeitsbeschaffung, d. h. die Vornahme öffentlicher Arbeiten, die sonst auf andere Zeiten verschoben oder überhaupt nicht unternommen würden. Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß auch die Vornahme großer öffentlicher Arbeiten nur ein Krisensymptom bekämpft, nicht aber die Krise an der Wurzel ansaßt und für die Herbeiführung einer neuen Konjunktur sorgt. Öffentliche Arbeiten erfordern Kapital, das entweder durch Steuern oder öffentliche Anleihen beschafft werden muß. Infolgedessen vermindert es die an anderen Stellen der Wirtschaft verfügbaren Kapitalien, verschiebt sie also nur, statt sie zu vermehren. Immerhin kann die öffentliche Arbeitsbeschaffung, wenn die Finanzlage eines Staates durch die Krise noch intakt geblieben ist (was gegenwärtig für die bisher von der Krise betroffenen Länder nicht zutrifft), wenigstens vorübergehend einem Teil der Arbeitslosen Hilfe bringen.

In einzelnen Ländern hat man durch staatlichen Einfluß auf den Preisabbau zum Teil in Verbindung mit dem Lohnabbau geglaubt, an die Ursache der Krise heranzukommen, vor allem in Deutschland und Italien. Im ganzen kann man aber als Erfolg nur feststellen, daß die Preisentkennungen in diesen Ländern nicht viel anders verlaufen sind als in denen, die auf eine besondere Preisentkennungs politik verzichtet haben, wenngleich man zugeben muß, daß für einzelne Lebensmittel und sonstige dringende Bedürfnisse eine Beschleunigung des Preisabbaues in geringem Maße durch staatlichen Druck erreicht wurde. Aber weder die Beeinflussung des Preisabbaues, noch weniger die des Lohnabbaues, hat irgendwo vermocht, die Wirtschaft zu beleben, den Produktionsumfang und den Absatz zu vergrößern.

Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die Kriegsschuldenregelung, die für Jahrzehnte die europäischen Staaten zu Schuldenländern Amerikas gemacht hat, und die im Gefolge dieser Regelung durchgeführte Reparationslösung nur einen wesentlichen Grund für die

Neue Textil-Schiedsprüche

Ablehnung der Schiedsprüche für die Krefelder Seidenindustrie

Nachdem am 4. Februar ein Schiedspruch über den Lohnsatz gefällt war (siehe „Textilarbeiter-Zeitung“ Nr. 7), wurde am 9. Februar für die Krefelder Seidenindustrie ein Schiedspruch über die Arbeitszeit gefällt. Dieser Schiedspruch legt das alte Mehrarbeitszeitabkommen mit einigen kleinen Veränderungen bis 31. Dezember 1931 wieder in Kraft.

Eine Konferenz der Betriebsräte unseres Verbandes der Krefelder Seidenindustrie lehnte beide Schiedsprüche ab und nahm folgende Entschlieung einstimmig an:

„Die am 10. Februar 1931 stattgefundene Konferenz der Betriebsvertreter des Zentralverbandes christlicher

des staatlichen Schlichtungsausschusses in seiner jetzigen Form für die Akkordarbeiter völlig untragbar.

Der Schiedspruch über die Arbeitszeit läßt jedes Verständnis für die gegenwärtige große Arbeitslosigkeit innerhalb der Textilindustrie vermissen. Während tausende Textilarbeiter seit langer Zeit erwerbslos sind, gibt er den Betrieben die Möglichkeit, die Arbeitszeit bis zu 60 Stunden pro Woche auszudehnen. Statt der dringend notwendigen Verkürzung der Arbeitszeit ist die Möglichkeit einer überlangen Arbeitszeit gegeben. Der Schiedspruch ist aus diesem Grunde für den christlichen Textilarbeiterverband unannehmbar.

Die Versammelten erkennen die Bemühungen der Verbandsleitung, eine für die Arbeiterchaft günstige Vertragsregelung herbeizuführen, an und erwarten, daß auch zukünftig alles geschieht, um in den strittigen Fragen zu einer für die Arbeiterchaft gerechten und tragbaren Lösung zu kommen. Die beste Abwehr der Unternehmerforderungen ist die unausgesetzte Stärkung des christlichen Textilarbeiterverbandes. Zur Arbeit in diesem Sinne ruft die Konferenz die gesamte Arbeiterchaft der Krefelder Seidenindustrie auf.“

Schiedspruch

für die Textilindustrie des Kreises Kempen

Für die Textilindustrie des Kreises Kempen, und zwar sowohl für die Fachgruppe Textilindustrie wie auch für die Veredelungs- und Ausrüstungsindustrie wurde am 11. Februar ein Schiedspruch gefällt, wonach sich die tariflichen Lohnsätze ab 1. Februar um 8 Prozent erniedrigen. Von dieser Ermäßigung sind die sozialen Zulagen und die Leistungszulagen für selbständige Coloristfarber ausgenommen. Die Vereinbarung läuft auf unbestimmte Zeit und ist kündbar mit vier Wochen, erstmalig zum 15. September 1931.

Der Schiedspruch für Nordbayern ungültig

Unter dem Vorsitz des stellvertretenden Landesgeschäftlers für Nordbayern ist am 29. Januar ein Schiedspruch gefällt (vergleiche „Textilarbeiter-Zeitung“ Nr. 7), der die Zeitlohnsätze um 2 Prozent und die Akkorddurchschnittslöhne um 4 Prozent herabsetzte.

Die Unternehmer hätten die Schlichterkammer vor Fällung des Schiedspruches verlassen. Auf eine Beschwerde des Verbandes süddeutscher Textilarbeitgeber, Landesgruppe Nordbayern, hat nunmehr das Staatsministerium für Landwirtschaft und Arbeit, Abteilung Arbeit in München, entschieden, daß ein rechtsgültiger Schiedspruch nicht zustande gekommen ist. Der stellvertretende Landesgeschäftler will nunmehr im öffentlichen Interesse ein neues Verfahren von Amts wegen einleiten und die Beisitzer zur Schlichterkammer von Amts wegen berufen.

Lohnstreit in der Pfalz

Am 7. Februar fanden vor dem Schlichter in Speyer Verhandlungen über den Antrag der Arbeitgeber auf Verbindlichserklärung des Schiedspruches für die Pfalz statt. Die Verhandlungen haben dazu geführt, daß die Arbeitgeber ihren Antrag zurückzogen. Der Schlichter soll nun endgültig die neuen Lohnsätze festsetzen. Weiter wurde vereinbart, daß die Akkordsätze um nicht mehr gesenkt werden dürfen wie die Tarifsätze.



Stein an Stein

baut ein starkes Bauwerk!

Gemeinsames Schaffen sichert unserer Arbeit Erfolg und Bestand.

Tu Dein Teil an Deinem Platze:

Denk an Deine Werbepflicht!

Textilarbeiter nimmt Kenntnis von dem am 4. Febr. gefällten Schiedspruch über den Lohnsatz und dem am 9. Febr. 1931 gefällten Schiedspruch über die Arbeitszeit in der Krefelder Seidenindustrie. Sie lehnt beide Schiedsprüche ab, da diese auf die berechtigten Belange der Arbeiterchaft keine Rücksicht nehmen. Die im Schiedspruch vorgeschlagene Lohnregelung legt der Arbeiterchaft, die durch Arbeitslosigkeit und lange Kurzarbeit wirtschaftlich schon stark geschwächt ist, weitere untragbare Lasten auf. Ganz besonders ist der Vorschlag

immer wieder eintretende Unordnung der Kapitalmärkte und für die völlig ungleichmäßige Bewegung des Zinsniveaus darstellt. Man kann wohl heute von der gemeinsamen Ueberzeugung aller führenden Wirtschaftskennner der Welt sprechen, daß eine Verringerung des amerikanischen Standpunktes in der Kriegsschuldenfrage die wichtigste Voraussetzung für neue Lösungen bildet, die zu günstigerer Kapitalverteilung in der Welt und zu einem Ausgleich des Zinsniveaus führen würden.

Wie auf fast allen Gebieten der internationalen Zusammenarbeit, ist aber auch auf dem Gebiete der Handelspolitik in den letzten Jahren kein Fortschritt, sondern ohne Zweifel ein Rückschritt eingetreten. Darüber hat kürzlich in Genf der holländische Handelsminister Collin völlig zutreffend das Nötige gesagt. Die Zahl der internationalen Konferenzen hat zugenommen. Immer neue Kommissionen, auch solche mit weltwirtschaftlichen Aufgaben, sind eingesetzt worden, aber die Delegierten der einzelnen Länder sind zu den Konferenzen nicht gefahren mit dem guten Willen zu internationaler

Zusammenarbeit, sondern mit dem schlechten Willen ihrer Verschleppung oder Verhinderung.

Die christliche Arbeiterbewegung ist im Rahmen der Weltwirtschaft nur eine kleine Machtgruppe. Aber es wird doch von großer Bedeutung sein, wenn sie ein Beispiel dafür gibt, daß der Wille zur Verständigung über weltwirtschaftliche Dinge in diesen schlimmen Zeiten noch lebendig ist. Mag der Pessimismus über die weltwirtschaftlichen Bemühungen des Völkerbundes begründet sein, von der Tagung in Bordeaux jedenfalls möge nicht gelten, daß diese internationale Zusammenkunft den vielen Genfer Konferenzen gleiche. Die Heilung der heftigsten Krisenschmerzen ist durchweg eine Aufgabe der einzelnen Länder und der Wirtschaftsgruppen dieser Länder; international und weltwirtschaftlich kann, so wie die Welt heute ist, nur einiges getan werden. Die christliche Gewerkschaftsinternationale aber will zu denen gehören, die mit dafür sorgt, daß wenigstens der Wille zur Gemeinschaftsarbeit wachbleibt und daß die internationale Wirtschaftspolitik, soweit sie möglich ist, nicht unterbleibt.

Achtung: Betriebsratswahlen!

Wenn die Arbeiterschaft in den nächsten Wochen die neuen Betriebsvertreter zu wählen hat, dann muß Voraussetzung sein, daß nur solche Arbeiter und Arbeiterinnen gewählt werden, die das Vertrauen der Arbeiterschaft genießen. Ohne dieses Vertrauen kann der Betriebsrat sein schweres Amt nicht so durchführen, wie es im Interesse der Arbeiterschaft unbedingt notwendig ist. Es kann also nicht darauf ankommen, daß sich einige Kollegen oder Kolleginnen nach langem Drängen dazu bereit erklären, das Amt anzunehmen, wenn dieselben nicht das Vertrauen der Belegschaft voll und ganz genießen. Gewiß wird es den Betriebsräten schwer fallen, alle Wünsche und Forderungen der Belegschaft zu erfüllen. Wenn aber die Belegschaft durchdrungen ist von dem Gedanken, Betriebsvertreter zu haben, die ehrlich und gewissenhaft, ohne auf persönliche Vorteile zu rechnen, die Belange der Arbeiterschaft vertreten, dann wird niemand den Betriebsvertretern einen Vorwurf machen können, wenn nicht alles nach Wunsch ausgefallen ist. Es ist deshalb bei der Auswahl der Betriebsvertreter zu beachten, daß Männer und Frauen aufgestellt werden, die durchdrungen sind von dem ehrlichen Willen, das ihnen geschenkte Vertrauen zu erhalten; die ihre Tätigkeit mit solcher Ehrlichkeit ausüben, daß kein Mißtrauen aufkommen kann. Nur in den Betrieben, wo man nicht mit dem notwendigen Ernst die Auswahl der Betriebsvertreter vorgenommen hat, hören die Klagen der Belegschaft über sogenannte „schlechte Betriebsräte“ niemals auf. Die Arbeiterschaft verfällt leider noch immer allzuleicht auf den Gedanken, daß derjenige sich als Betriebsrat am besten eignet, der ein recht „großes Maul“ hat und sich innerhalb der Belegschaft als äußerst radikal gebärdet. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß diese Betriebsvertreter gänzlich versagt haben. Das „große Maul“ war bald verstummt. In den meisten Fällen wurden diese Ueberrationalen später die erbärmlichsten Kriecher. Mit solchen Betriebsräten wird die Arbeiterschaft nur die denkbar schlechtesten Erfahrungen machen. Bei der Auswahl der Betriebsvertreter muß die Charakterbildung und eine ehrliche Gesinnung Voraussetzung der Wahl sein. Betriebsvertreter, die solche Eigenschaften haben, werden auch stets das Vertrauen der ganzen Arbeiterschaft genießen.

Wenn aber die Belegschaft Anspruch auf die Tüchtigsten erhebt, dann muß aber auch die Belegschaft sich so benehmen, daß sie sich würdig zeigt, von dem Tüchtigsten vertreten zu werden. Wir haben im Laufe der Zeit in vielen Betrieben häufig die Tüchtigsten gehabt. Diesen wurden aber oft durch die Einstellung der eigenen Arbeitskollegen so viele Schwierigkeiten gemacht, daß sie es aufgeben haben, sich nochmals als Betriebsvertreter aufstellen zu lassen. Man konnte in sehr vielen Fällen feststellen, daß diejenigen Arbeiter, die bei der Auffstellung der Kandidaten am entschiedensten auf ihre Wahl verzichteten, nach der Wahl systematisch ein ersprießliches Arbeiten des Betriebsrates für die Belegschaft unmöglich machten. In vielen Fällen hat ein solches Gebaren dazu geführt, daß überhaupt kein ehrlich denkender Arbeiter mehr zu bewegen war, ein Betriebsratsamt anzunehmen und somit der Betrieb jahrelang ohne Betriebsvertretung blieb. Dieser Zustand muß unter allen Umständen vermieden werden. Das B.R.G. darf nicht durch die Kurzsichtigkeit der Arbeiterschaft selbst illusorisch gemacht werden.

Deshalb die Augen auf bei der nächsten Betriebsratswahl! Nur solche Kandidaten soll die christlich-organisierte Arbeiterschaft aufstellen, die vom ehrlichen Willen getragen sind, voll und ganz ihren Mann zu stellen, wenn es heißt, der Arbeiterschaft zu helfen. Fort mit allen Phrasendreschern und Maulhelden! Nur christlich denkende und christlich handelnde Frauen und Männer liefern die Voraussetzungen für eine ersprießliche Betriebsratsstätigkeit.

Willy. Graf.

Alle Kräfte angespannt!

Der Monat Januar, von der Verbandsleitung als besonderer Werbemonat bezeichnet, ist vorüber. Mancherorts sind gute, zum Teil sogar sehr gute Erfolge zu verzeichnen. Das besagt angesichts der noch immer katastrophalen Wirtschaftslage außerordentlich viel. Es zeugt vor allem von einem guten gewerkschaftlichen Geist in unserer Bewegung. Denn leicht ist die Gewinnung neuer Mitglieder in Krisenzeiten nicht. Wenn die Beitragszahlung schon in Zeiten guter Konjunktur bei vielen immer wieder das Hindernis zum Eintritt in den Verband war, um so schwerer muß es dann in der gegenwärtigen Zeit mit ihrer Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit sein, neue Mitglieder zu gewinnen. Ging es dennoch vorwärts, dann nur durch die zähe Kleinarbeit in Ortsgruppen und Zahlstellen.

Leider wurde die Werbearbeit durch einen besonderen Umstand in fast allen Verbandsbezirken stark gehemmt. Die Arbeitgeber gingen dazu über, allüberall die Lohnsätze zu kündigen. Das hatte zur Folge, daß sehr viel Kraft und Zeit aufgewendet werden mußte zur Erneuerung der Tarife. Für die Werbearbeit ging so kostbare Zeit verloren. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Maßnahmen der Arbeitgeber überall hemmend wirkten. In vielen Orten mag das Verhalten der Arbeitgeber erst den Boden für eine erfolgreiche Agitation geebnet haben. War doch das Ziel der Arbeitgeber eine radikale Lohnsenkung auf der ganzen Linie. Daß da in der Arbeiterschaft der Wille zur Selbsthilfe mehr denn je lebendig wurde, ist erklärlich.

Aber trotzdem wissen wir, daß die Gewinnung neuer Mitglieder für den Verband in der Hauptsache durch persönliche Aussprache, Hausagitation und Kleinarbeit zu geschehen hat. Für diese Arbeit fehlten im Januar infolge lohnpolitischer Arbeit vielfach die Kräfte. So mußte an manchen Stellen die verhältnismäßig günstige Situation ungenutzt gelassen werden.

Nun ist aber in der Zwischenzeit eine ganze Reihe von Lohnsätzen neu abgeschlossen worden, meistens durch verbindlich erklärten Schiedspruch. In anderen Tarifgebieten rechnet man mit baldiger Beilegung der Streitigkeiten. Die sehr weit gesteckten Ziele der Arbeitgeber konnten dank der festen Haltung der Gewerkschaften stark zurückgeschritten werden. Es wird also so-

mit für die Verbandsjunktionäre wieder mehr Zeit frei werden zur Werbearbeit.

Diese Zeit müssen wir nun allwärts recht kräftig ausnützen. Das Borgehen der Arbeitgeber in den letzten Wochen muß den Unorganisierten immer wieder vor Augen gehalten werden. Hätte die Arbeiterschaft gegenüber den Angriffen der Arbeitgeber ohne gewerkschaftliche Organisation standhalten können? Hier wird gewiß mancher sagen: „Es gelang uns nicht, den Ansturm abzuwehren.“ Demgegenüber muß aber darauf hingewiesen werden, daß das Ziel der Arbeitgeber viel weiter gesteckt war. Ohne die Gewerkschaften hätte die Arbeiterschaft zweifellos das Doppelte und Dreifache dessen an Lohn verloren, was sie jetzt eingebüßt hat. Außerdem geht der Kampf der Arbeitgeber schon seit Jahren gegen das Schlichtungswesen und gegen die Sozialversicherung. Wenn beide uns noch erhalten blieben, dann sicher durch die Tätigkeit der Gewerkschaften.

Es gilt also jetzt, die Zeit bis Ostern noch ganz besonders agitatorisch auszunutzen. Es war ja auch nicht so gedacht, daß nur der Monat Januar als Werbemonat gelten sollte, sondern die ganzen Wintermonate. Im Januar sollte nur etwas ganz besonderes in der Werbearbeit geschehen. Wenn dies nun durch die vorhin geschilderten Umstände nicht möglich war, so hindert uns doch sicher nichts daran, das im Februar und März nachzuholen. In diesen beiden Monaten müssen wir auf der ganzen Linie wetteifern um die günstigsten Erfolge.

Wir hoffen, daß die gegenwärtige trostlose Wirtschaftslage doch bald abgelöst wird von einer aufwärts strebenden Konjunktur. Dann wird ohne Zweifel die Werbearbeit für den Verband wesentlich leichter sein. Wenn wir aber dann erst dafür zu sorgen haben, verlorenes Terrain zurückzugewinnen, dann kann unser Vorstoß in das Meer der Unorganisierten niemals so nachhaltig sein, als wenn wir ungeschwächt mit ganzer Kraft an die Arbeit gehen. Deshalb, nochmals alle Kräfte angespannt! Die Zeit, die uns bis zum Frühjahr noch zur Verfügung steht, wollen wir rege ausnützen. Besonders in den Vorstandssitzungen der Orts- und Jugendgruppen möge man immer wieder die Frage behandeln: „Wie gewinnen wir neue Mitglieder?“ Die hier gefassten Beschlüsse mutig und mit Ausdauer durchgeführt, werden sicher von Erfolg gekrönt sein.

K. W.

Die Aussperrung in der englischen Baumwollindustrie.

Nachdem am 19. Januar die englischen Baumwollwebereten wegen des Widerstandes der Gewerkschaften gegen die Einführung des 8-Stuhl-Systems stillgelegt, ist der Kampf in der englischen Baumwollindustrie offensichtlich auf einem gewissen toten Punkt angelangt, den man sich seitens der Regierung und der privaten Wirtschaft vergeblich bemüht, zu überwinden. Die beiden Gegenparteien ergeben sich in leeren Begründungen ihres gegenseitigen Standpunktes und Ausflüchten, die ihre eigene Hilflosigkeit deutlich dokumentieren: Man hat sich auf ein falsches Gleis festgefahren, von dem man sich vergeblich müht, wieder herunterzukommen.

Inzwischen liegen 700 000 Webstühle still und feiern außer den direkt betroffenen 250 000 Weberarbeitern bereits etwa 80 bis 100 000 Spinnerarbeiter in zahlreichen Betrieben der Baumwollspinnerei, die infolge der Aussperrung in der Weberei durch völligen Abfahrmangel ebenfalls zur Stilllegung gezwungen sind. Die durch die Aussperrung von 350 000 Textilarbeitern eintretende Belastung der Gewerkschaften ist natürlich außerordentlich groß, wenngleich ein erheblicher Teil der Aussperrten staatliche Erwerbslosenunterstützung bezieht und damit den Organisationen ein Teilrisiko abgenommen ist. Zudem zeigen sich auch in den betroffenen Weberverbänden erhebliche Unstimmigkeiten, die die Si-

tuation derselben erschweren. Andererseits ist aber auch die Stimmung im Arbeitgeberlager recht pessimistisch geworden. Die nicht interessierten Betriebe drängen allmählich stark auf die direkt interessierten Unternehmen, einen Ausweg zur Beilegung der Differenzen und ihrer friedlichen Lösung zu finden. Die neuerlichen Vorschläge aus Unternehmerkreisen — die Austragung des Konflikts dem direkt interessierten Teil der Industrie selbst zu überlassen und in den übrigen Betrieben die Arbeit wieder aufzunehmen — zeigen, daß allmählich die Solidarität der Unternehmer an einer gewissen Grenze angelangt ist. Die bevorstehende große Londoner Baumwoll-Ausstellung trägt dazu bei, das allgemeine Drängen nach einer Beendigung des Kampfes zu verstärken. Man weiß im Arbeitgeber- ebenso wie im Arbeitnehmerlager, daß der Erfolg dieser mit großen Unkosten und erheblichem Aufwand an Propaganda in Szene gesetzten Baumwollausstellung beträchtlich vermindert würde, wenn man genötigt wäre, bei anhaltender Gesamtaussperrung Propaganda zu machen für eine Industrie, die nicht zu liefern in der Lage ist, sondern im Gegenteil durch die Stilllegung ihrer Betriebe die eigene Schwäche dokumentiert.

Die Bereitwilligkeit der Parteien zu einer Lösung des Konflikts ist unter diesen Umständen in den letzten Tagen wesentlich gestiegen. Die ausschlaggebende Frage ist, ob es der Regierung oder einer privaten Vermittlungsaktion gelingt, den geeigneten taktischen Ausweg aus der verfahrenen gegenwärtigen Situation zu finden.

Zeitschriften-Versicherung

Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung, und ganz besonders auch bei unseren Mitgliedern, leider immer noch eine große Unkenntnis über Bedeutung und Nutzen einer Lebensversicherung besteht. Die meisten begnügen sich vielfach mit dem Bezug irgend einer der zahlreichsten, oft noch dazu inhaltlich religiös und moralisch recht minderwertigen Zeitschriften, nur weil mit dem Abonnement derselben im Todesfalle ein Sterbegeld bezw. bei Unfall eine Entschädigung verbunden ist. Ueber die Schattenseiten und Nachteile einer derartigen Abonnement- bzw. Zeitschriftenversicherung Aufklärung zu geben, erscheint uns so notwendiger, als zahlreiche Buchhandlungen und Verlage mit dem größten Aufwand für ihre Zeitschriften werben lassen und zum Nachteil der Bevölkerung Fiesenerfolge aufzuweisen können. Mit Vorliebe weisen die Vertreter bei ihren systematisch organisierten Werbungen darauf hin, daß es sich um eine vom Reich genehmigte und beaufsichtigte Versicherung handle. Festzustellen ist demgegenüber, daß das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung als höchste Reichsbehörde stets der Standpunkt vertreten hat, daß die Abonnementversicherung nicht als vollwertiger Vertrag für eine gewöhnliche, unabhängige vom Zeitungsbezug zu nehmende ordentliche Versicherung gelten kann, und daß daher auch nicht gleich hohe Leistungen wie bei einer gewöhnlichen ordentlichen Versicherung gewährt zu werden brauchen, ferner, daß die vom Aufsichtsrat erteilte Genehmigung sich lediglich auf die Zulässigkeit der Versicherung bezieht, dagegen die Art des Vertrages der mit der Versicherung verbundenen Zeitschrift unberührt läßt, und schließlich, daß weder der Verlag noch die von ihm herausgegebene Zeitschrift unter Reichsaufsicht stehen, sondern nur die Versicherungsgesellschaft, welche dem Verlag gegenüber den Bezahmern der Zeitschrift Rückbedingung gewährt, d. h. die fällig werdenden Versicherungsleistungen zahlt.

Ueber die Versicherungsbedingungen, welche die Grundlage für die Ansprüche des Abonnenten bilden auf Sterbegeld, sind die Abonnenten meistens nicht orientiert. Notwendig ist hierüber folgende Feststellungen zu machen:

1. Aufnahmewalter. Von dem Bezug des Sterbegeldes werden alle Personen ausgeschlossen, die bei Beginn des Abonnements jünger als 16 oder älter als 55 Jahre sind. Unterbricht also ein Abonnent, der beim Eintritt 50 Jahre alt war, das

Abonnement nach fünfjährigem Bezug der Zeitschrift aus irgend einem Grunde (Arbeitslosigkeit usw.), so hat er damit nicht nur seinen bisherigen Anspruch verloren, sondern es besteht auch neben dem Verlust seiner Einzahlungen keine Möglichkeit mehr, später den früheren Zustand wieder herzustellen, da er inzwischen das Höchstalter von 55 Jahren überschritten hat.

2. Voraussetzung für Zahlung des Sterbegeldes ist der Nachweis, daß der Bezug der Zeitschrift ein ununterbrochener gewesen ist, und daß er nicht durch eigenes Verschulden länger als 14 Tage mit der Bezugsgebühr im Rückstande ist. Wird eine Nummer nicht spätestens nach 14 Tagen bezahlt, so ist die Versicherung vollständig erloschen, ein Wiederaufleben der alten Rechte völlig ausgeschlossen. Eine Wiederaufnahme des Abonnements kommt einer Neuversicherung gleich. Ein Rückkauf, nach Umwandlung der Sterbegeldversicherung in eine beitragsfreie, wie solche bei unserer normalen Deutschen Lebensversicherung gemeinnützige Aktiengesellschaft vorgeesehen ist, kommt bei der Abonnementversicherung überhaupt nicht in Frage. Dieser Verlust ist umso höher und empfindlicher, je länger der Abonnent die Zeitschrift bezogen und meistens den nicht billigen Bezugspreis entrichtet hat.

3. Sterbegeld. Mit dem Bezuge der Zeitschrift ist verbunden beim Tode das Sterbegeld, welches schwankt zwischen 100 bis 500 M. und wird nach der Dauer des Abonnements gestaffelt, so daß die Höchstsumme erst nach einer längeren Reihe von Jahren beansprucht werden kann. Dies bedeutet somit praktisch eine längere Wartezeit, die bei unserer normalen Deutschen Lebensversicherung sich auf einen wesentlich kürzeren Zeitraum beschränkt.

Die Auszahlung erfolgt nicht durch den Verlag, sondern durch die Versicherungsgesellschaft, welche die Rückbedingung übernommen hat, unter Abzug etwaiger Kosten, über deren Höhe niemals etwas gesagt ist, während bei der Deutschen Lebensversicherung, also die Versicherung, die für unsere Mitglieder in Betracht kommt, gewöhnlich keinerlei Abzüge erfolgen. Auch kann bei einer normalen Versicherung niemals die Versicherungsgesellschaft einseitig gegen den Willen des Versicherungsnehmers dieselbe kündigen.

Auch ist der Verlag der mit einer Abonnementversicherung verbundenen Zeitschrift berechtigt, einseitig, auch gegen den Willen der Abonnenten, die Versicherungsbedingungen zu ändern. Hierzu gehört auch eine Erhöhung des Bezugspreises der Zeitschrift. Bei unserer Deutschen Lebensversicherung als normale Versicherung können und dürfen die Abonnenten unter

denen die Versicherung getätigt wurde, niemals einseitig von unserer Gesellschaft geändert werden.

Mit dem Abonnement der Zeitschrift ist verbunden auch der Schutz gegen Unfall. Dieser hat nur einen bedingten Wert, da die hohen Versicherungssummen nur für solche Unfälle (Sport- und Passagierunfälle) vorgeesehen sind, die praktisch kaum in Frage kommen. Entschädigung für völlige Ganz- oder dauernde Teilinvalidität sind in den Bedingungen überaus stark eingeschränkt. Personen mit erheblichen geistigen und körperlichen Krankheiten und Gebrechen sind von vornherein vom Unfallschutz ausgeschlossen und verlieren denselben auch dann, wenn diese Krankheiten erst im Laufe des Zeitschriftenbezuges sich einstellen. Die zahlreichen Einschränkungen in den Unfallversicherungsbedingungen lassen es daher erklärlich erscheinen, daß bei eintretenden Schadensfällen Differenzen entstehen, die oft erst im Prozeßwege geklärt werden müssen.

Die vorstehenden Darlegungen dürften den Nachweis dafür erbringen, daß die Abonnementversicherung niemals eine normale Versicherung ersehen kann, noch weniger, daß sie berechtigten Anspruch darauf erheben kann, eine Volksversicherung zu sein, für die sie sich fälschlicherweise ausgibt. Unsere Deutsche Lebensversicherung gemeinnützige Aktiengesellschaft ist eine Volksversicherung, die unseren Mitgliedern ganz besonders empfohlen wird. Sie erfüllt ihre Aufgaben wirklich und gewährt ihren Versicherten in der Regel vom ersten Augenblick an vollen und dauernden Versicherungsschutz. Als eigenes wirtschaftliches Unternehmen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung trägt infolge seiner recht günstigen Entwicklung besonders hervor der Deutsche Versicherungskongress (Berlin-Friedenau, Sägnest. 15 a). Er umfaßt die „Deutsche Lebensversicherung gemeinnützige Aktiengesellschaft“, die „Deutsche Feuerversicherung Aktiengesellschaft“ und die „Erste Allgemeine Sparversicherungsbank Aktiengesellschaft in Saarbrücken“. Die Gesellschaft erstreckt ihre Tätigkeit im allseitigen Interesse auf alle Kreise und auf die große und die kleine Lebensversicherung, einschließlich der Sterbegeldversicherung. Infolgedessen ist die Zahl der Versicherungsnehmer groß und die Risikoverteilung entsprechend günstig.

Darum, Kolleginnen und Kollegen, fort mit der Abonnement- (Zeitschriften-) Versicherung und versichert euch bei eurem eigenen gemeinnützigen Unternehmen, welches alle Gewinne immer wieder ihren Versicherten zugute kommen läßt.

Fritz Sietz.

Die Lehren aus dem Lohnkampf im Rechtsrhein

Der Erfolg kommunistischer Wählerarbeit.

Mit der Arbeitsaufnahme der Kunstfädenbranche bei der Firma J. P. Wemberg am 2. Februar ist der Lohnkampf im Rechtsrhein beendet worden, nachdem die Branchen der Gummiwandwirker und Lüstrierer schon am 19. Januar die Arbeit aufgenommen hatten. Diese drei Branchen waren in den Kampf getreten, weil der Schlichtungsausschuß bei der Fällung des Schiedspruchs die bisher für diese Branchen bestehenden Sonderabkommen nicht mit geregelt hatte. Für diese beiden Branchen stielte das Sonderabkommen die Grundlage für die Akkordberechnung dar, war somit ein wesentlicher Bestandteil des Tarifvertrages. Für die Firma J. P. Wemberg (Kunstfädenfabrik nach dem Kupferoxydammoniakverfahren) bestand neben dem Tarifvertrag für die Kunstfädenbranche ebenfalls ein Sonderabkommen, welches mit den Textilarbeiterorganisationen abgeschlossen war, also tariflichen Charakter trug. Dieses Sonderabkommen war für die Arbeiterschaft sehr wesentlich, betrug doch der Höchstlohn in demselben für den Spinner 1,03 RM. gegenüber 86 Pfg. im Tarifvertrag pro Stunde. Für die Winderin, Zwirnerin und andere Gruppen betrug der Lohn 75 Pfg. gegenüber 57,5 Pfg. im Tarifvertrag. Für die Gummiwand- und Lüstrierbranche brachte der Kampf einen vollen Erfolg, indem die bisherige Akkordgrundlage für die Kaufmänner des Tarifvertrages wieder erneut garantiert wurde und die Akkordlöhne während dieser Zeit unverändert bestehen bleiben müssen. Obwohl der Herr Dr. Bragard als Vorsitzender des Staatlichen Schlichtungsausschusses mit den Stimmen der Arbeitgeber in Höhe von 7 Prozent gefällte Schiedspruch von dem Schlichter, Herrn Prof. Dr. Brahn, für verbindlich erklärt wurde, sahen sich die Arbeitgeber doch genötigt, für die gesamten Branchen der Textilindustrie im Rechtsrhein mit Ausnahme der Kunstfädenindustrie wesentliche Zugeständnisse zu machen, so daß in der Praxis der Schiedspruch als zerschlagen gilt.

Zu einer Vereinbarung konnten die Arbeitnehmer ihre Zustimmung aber nicht geben, weil die Arbeitgeber für die Arbeiterinnen auf einem höheren Lohnabbau bestanden. Beträgt doch derselbe für die männlichen Zeitlohn- und Akkordarbeiter 5,88 Prozent und für die weiblichen 6,67 Prozent.

Das Bestreben der Arbeitgeber geht darauf hinaus, die Spanne zwischen den Männer- und Frauenlöhnen zu vergrößern!

Aus Anlaß der neuen tariflichen Lohnregelung dürfen in keinem Betriebe die Akkordlöhne in einem stärkeren Ausmaß gesenkt werden. Wihin ist der Lohnabbau nach oben begrenzt.

Schwieriger gestalteten sich die Verhandlungen der Kunstfädenbranche für die Firma J. P. Wemberg. Infolge der ungünstigen Verhältnisse auf dem Kunstfädenmarkt ging das Bestreben der Firma dahin, von dem Sonderabkommen, mit dem nach Ansicht der Firma zu hohen Löhnen, abzukommen. Das Schwergewicht zu dem Abschluß eines neuen Sonderabkommens lag aber in der Forderung der Firma auf Zustimmung der Arbeiterschaft zur Einführung eines modernen Prämien-systems. Die bei der Firma J. P. Wemberg in den letzten Jahren erzielte riesenhafte Mehrproduktion infolge der vorgenommenen starken Rationalisierung reicht nach Ansicht der Firma zur Konkurrenzfähigkeit noch nicht aus. Die Zahl der Belegschaft ist seit dem Jahre 1928 von über 6000 auf gegenwärtig unter 1800 Personen gefallen. Die Rüstleistung ist aber dieselbe geblieben, ja teilweise noch wesentlich gestiegen. Trotz alledem erklärte die Firma, zum mindesten den Textilbetrieb nicht mehr eröffnen zu können, weil sie der Konkurrenz des Biskovenverfahrens und den überaus niedrigen Löhnen besonders in Italien nicht mehr gewachsen sei.

Auf den Schultern der Verhandlungskommission lag eine große Verantwortung. Sollten nicht zu den gegenwärtig in der Stadt Wuppertal (Eberfeld-Barmen) vorhandenen 42.000 Arbeitslosen noch plötzlich annähernd 2000 Arbeitslose hinzukommen, so mußte eine Verstärkung gesucht werden. Am dritten Verhandlungstage wurde dann ein betriebliches Zusatzabkommen abgeschlossen, welches dieselbe Laufdauer und dieselbe Kündigungsfrist hat als der Lohnvertrag für den Rechtsrhein.

Laut diesem Zusatzabkommen kann in allen Betriebsabteilungen ein Prämien-system eingeführt werden. Für alle Arbeiter und Arbeiterinnen wurde ein feststehender Gehalt festgesetzt. Für männliche Arbeiter beträgt derselbe 64-90 Pfg. und für Arbeiterinnen 49,5-57 Pfg. pro Stunde. Für die Uebergangszeit bis zur Einführung des Prämien-systems erhalten die männlichen Arbeiter in den einzelnen Gruppen 2-7 Prozent und alle weiblichen Gruppen generell 10 Prozent Zuschlag. Nach Durchführung des Prämien-systems garantiert die Firma einen Mehrverdienst von 15-20 Prozent.

Bei der Ein-bezug-Durchführung des Prämien-systems sollen drei Belegschaftsmitglieder positiv mitarbeiten. Aufgabe der Belegschaft für die nächste Zeit muß sein, durch festen gewerkschaftlichen Zusammenschluß dafür zu sorgen, daß dasjenige, was die Firma versprochen hat, reiflos in die Tat umgesetzt wird. Die Kommunisten haben durch ihre RGO. es vorzüglich verstanden, die Massen aufzuheben und die Gewerkschaften zu verächtlichen, um dadurch das Vertrauen der großen Masse zur Gewerkschaft zu rauben. Praktische Arbeit zu leisten, sind diese Maulhelden aber außerstande.

Die ganze Lohnbewegung im rechtsrheinischen Tarifbereich, besonders bei der Firma J. P. Wemberg, zeigt der Arbeiterschaft klar und deutlich die Bestrebungen des Unternehmertums. Als die treuesten Handlanger derselben haben sich die Kommunisten durch die RGO. in diesem Lohnkampf erwiesen.

Steht doch die Tatsache fest, daß, nachdem die Spinner der Firma J. P. Wemberg in den Streik getreten wa-

ren und die übrige Belegschaft von der Firma ausgesperrt wurde,

Das Wohlfahrtsamt von den weit über 1000 unorganisierten Arbeitern und Arbeiterinnen mit Anträgen auf Wohlfahrtsunterstützung überflutet wurde.

Das Wohlfahrtsamt lehnte jedoch jegliche finanzielle Unterstützung ab. Nur in besonderen Fällen gab dasselbe Suppenscheine für Mittag- und Abendessen für Frauen und Kinder aus. Zuschüsse für Miete und dergleichen wurden mit der Begründung abgelehnt, daß solche Zuschüsse nur dann geleistet würden, wenn ein gerichtliches Urteil vorliege.

Wie wir festgestellt haben, hat das Wohlfahrtsamt jetzt, nachdem die Arbeiterschaft kaum eine Woche wieder im Betrieb ist, den Arbeitern und Arbeiterinnen, welche Suppenscheine erhielten, dieselben schon mit pro Tag RM. 2.- in Rechnung gestellt und verlangt umgehend Rückzahlung des Betrages.

Die „Große Unterstützungsaktion“ der kommunistischen RGO. ist bei diesem Kampfe eindeutig zusammengebrochen. Tief bedauerlich ist es, daß so viele diesen unverantwortlichen Maulhelden

Gehör schenken. Für die organisierte Arbeiterschaft des Wuppertales war es eine Blamage, daß, nachdem der Kampf ausgebrochen war, man sofort überall versuchte, in den Betrieben wie auch bei der Geschäftswelt durch Sammlungen Geld und Lebensmittel herbeizubekommen. Allem Anschein nach mit negativem Erfolg.

Dadurch, daß die große Masse der Unorganisierten in dem dreiwöchigen Kampf ohne jegliche Unterstützung war, ergab sich die dringende Notwendigkeit, nachdem in dreimaliger Verhandlung ein halbwegs tragbares Ergebnis zustande gekommen war, mit der Firma J. P. Wemberg zu einer Vereinbarung zu kommen.

Wird jetzt die unorganisierte Masse aus dem Verlauf des Kampfes die richtige Lehre ziehen?

Die organisierte Arbeiterschaft konnte mit Ruhe in den Kampf eintreten und hätte bei den Unterstützungen, die bei den Streikenden volle Befriedigung gefunden, den Kampf noch mehrere Wochen aushalten können. Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft des Wuppertales muß jetzt sein, weite Kreise der Unorganisierten für die Organisation zu gewinnen. Zum zweiten Mal darf es unter solchen Umständen nicht zu einem Kampf kommen. Wenn jedes einzelne Mitglied seine Pflicht erfüllt, braucht uns für die Zurückgewinnung der Unorganisierten, insbesondere auch bei der Firma J. P. Wemberg, nicht bange zu sein.

Deshalb mutig an die Arbeit! F. M.

Das verfehlte Experiment einer Tuchfabrik in der Pfalz!

Im Oktober 1929 verlegte die Firma J. Marx in Lambrecht einen Teil ihrer Tuchfabrik nach Rottbus in der Niederlausitz. Die „Pfälzische Rundschau“ leitete diesen Plan der Firma Marx am 11. September mit folgender Mitteilung ein:

„Um den Vorprung, den andere Tuchindustrieorte gegenüber Lambrecht durch billigere Löhne haben, auszugleichen, versuchte, wie wir hören, die Tuchfabrik Marx eine Veränderung der Arbeitsmethoden zu erreichen. Aber schon der bloße Versuch scheiterte an dem Widerstand einer Belegschaft, bei der das radikale Element offenbar die Führung hat. Wiederholte Anbahnungen, daß man keine Ertragsmöglichkeit mehr sehe und gezwungen sein werde, die Betriebe zu verlegen, falls die Arbeiterschaft die Unterstützung für die als notwendig erkannten Maßnahmen verweigere, blieben eindrucklos und wurden nicht ernst genommen. So hat sich denn die Firma genötigt gesehen, einen Teil ihres Betriebes nach Rottbus zu verlegen, wo die Nähe des Hauptabgabebereiches und bessere Arbeiterverhältnisse eher ein erfolgreiches Arbeiten versprechen. Es wäre zu wünschen, daß der Vorgang in Lambrecht bei den Betroffenen die Erkenntnis hervorruft, daß der gewerkschaftliche Gedanke seine Grenze in der Erhaltung des Betriebes haben muß und daß eine Ueberspannung auf diejenigen zurückwirkt, die in einseitiger Weise ihre Interessen denen des Betriebes überordnen wollen.“

Die christliche Textilarbeiterchaft hat damals bereits bestritten, daß sie nicht das nötige Verständnis für die Notlage des Betriebes hätte und hat durch ihren guten Willen gezeigt, daß sie bereit ist, alles mögliche für die Erhaltung des Betriebes zu tun. Sie ist auf Wunsch der Firma bereitwillig in Verhandlungen eingetreten, hat die Sachlage geprüft und der Firma anheimgestellt, zu Arbeitsbedingungen arbeiten zu lassen, die nicht nur der Erhaltung des Betriebes dienen, sondern auch die Lebensmöglichkeiten der Arbeiterschaft sichern. Was nutzt der Stadt Lambrecht ein Betrieb, in dem sich Menschen befinden, die infolge unzulänglicher Löhne nicht mehr leistungsfähig sind und schließlich durch Unterverdienste noch dem Wohlfahrtsamt zur Last fallen?

Im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Geschehens steht der Mensch und nicht der Betrieb.

Diesen Grundsatz lehnte die Firma Marx ab. Sie ließ sich von den auf dem Papier stehenden niedrigen Tariflöhnen des Niederlausitzer Tarifvertrages täuschen. Zum anderen aber kommen wir immer mehr zu der Erkenntnis, daß den Arbeitgebern jedes Mittel recht ist, um ihren eigenen Vorteil zu sichern und die Arbeiterschaft müde zu machen, und daß davon die Firma Marx keine Ausnahme bildet.

„Die Firma Marx kehrt von Rottbus wieder nach Lambrecht zurück.“

Diese Mitteilung wurde gelegentlich der Schlichtungsverhandlungen am 28. Januar in Ludwigshafen gemacht. Das Experiment ist also fehlgeschlagen. In Rottbus fan-

den sich keine Arbeiter, die zu den Löhnen arbeiten wollten, die sich die Firma Marx zu zahlen bereit fand, und die sich vielleicht gefunden haben sollten, waren den Anforderungen an die Arbeit nicht gemachsen. Ausschlaggebend für die Höhe der Akkordverdienste, die gerade in der Tuchindustrie eine bedeutende Rolle spielen, ist nicht der Tariflohn, sondern der Wille der Tuchweber. Wer die Niederlausitzer Verhältnisse kennt, der weiß, daß sich die Niederlausitzer Tuchweber eine Akkordbegrenzung nach oben nicht gefallen lassen und daß der Niederlausitzer Tuchweber, vor allem der Rottbusser, seinen Standesstolz durch hohe Verdienste zum Ausdruck bringt.

Bereits am 15. Dezember 1930 hatte die Firma Marx mit Hilfe des Bürgermeisters von Lambrecht mit der Arbeiterschaft Verhandlungen gepflogen, durch Herabsetzung der Akkordstücklöhne wieder die gesamte Tuchindustrie nach Lambrecht zu verlegen. In einem damaligen Schreiben heißt es:

„Ich nehme Bezug auf eine Anregung des Herrn Bürgermeisters, ob nicht eine Möglichkeit gegeben sei, angesichts der großen Not in Lambrecht wieder eine Anzahl in meiner Tuchfabrik zu beschäftigen.“

„Ich habe mir nun meinen Arbeitsplan an Hand der vorliegenden Aufträge zurecht gelegt und bin bereit, alle Aufträge hier in Lambrecht ausführen zu lassen zu den in einer beigefügten Tabelle für den einzelnen Auftrag sich ergebenden Sätzen.“

Damals bereits hatte also die Firma das verkehrte ihres Unternehmens eingeschaut. Sicherlich ist die Textilarbeiterchaft in Lambrecht in großer Not, hervorgerufen durch die langanhaltende Wirtschaftskrise, aber auch die Firma Marx besand sich durch ihr Vorgehen in nicht gerade rosigter Lage.

Mußten denn erst Hunderttausende von Marken wegen Verlegung des Betriebes hinausgeworfen werden?

Es hat gar keinen Zweck, die Rückkehr mit dem Mantel der Nächstenliebe zu verhüllen und damit zu beschwören, daß man der Lambrechter Arbeiterschaft Arbeit geben wolle. Wenn die Firma Marx in Rottbus ihr Glück gefunden hätte, dann wäre ihr das Schicksal der Lambrechter Arbeiterschaft gleichgültig geblieben. Die Firma Marx glaubt, durch ihre Betriebsverlegung die Verhältnisse in Lambrecht so beeinflussen zu haben, daß sie dort genügend billige und willige Arbeitskräfte vorbereitet hat.

Wir wünschen ihr sicher beim Wiederaufbau ihres Betriebes in Lambrecht einen guten Erfolg —, am sichersten aber wird der Erfolg sein, wenn sie es versteht, im Einvernehmen mit der Betriebsvertretung Arbeitsbedingungen zu schaffen, unter denen die Arbeiterschaft mit ganzer Freude und Hingabe ihre Kräfte dem Betriebe widmet. Darum machen wir den Versuch nach dem bekannten Sprichwort:

„Bleibe im Lande und nähre dich redlich.“ F. M.

Aus der Jugendbewegung

Weihnachtsfeier der Jugendgruppen in Windberg.

Am 17. Januar 1931 veranstalteten die beiden Jugendgruppen M. Glabbach-Windberg abends 8.30 Uhr im Jugendheim eine Weihnachtsfeier. Zu dieser Veranstaltung hatten sich zahlreiche Mitglieder eingefunden. Der Vorsitzende der männlichen Jugendgruppe, Kollege Josef Deiges, begrüßte die Gastmänner und wies darauf hin, daß die Jugendgruppen sich bemüht hätten, den Kollegen und Kolleginnen den Sinn des Weihnachtsfestes in ein paar gemütlichen Stunden zum Bewußtsein zu bringen. Prolog, Weihnachtslieder und Dichtungen wechselten mit Reigen und sonstigen stimmungsvollen Darbietungen ab.

Das Christkindchen hatte Knecht Ruprecht geschickt, um jung und alt zu beschenken. Zur materiellen Gabe verabreichte Knecht Ruprecht manchem einen weisen Rat und wohlgemeinte Ermahnungen.

Kollege Lappe sen. ermahnte die Anwesenden, in dieser Notzeit den Glauben an die Zukunft zu bewahren. Ein paar kurze Theaterstücke, dem Charakter des Festes entsprechend gewählt, wurden gut gespielt.

Der zweite Teil, der gemütlicher Art war, bekam eine besondere Note durch eine eingeleitete Verlosung. Alle Anwesenden freuten sich über die geschnackelten und praktischen Gegenstände, die ihnen durch die Verlosung zufließen waren. So

trennte man sich in dem freundigen Bewußtsein, in dieser schweren Zeit ein paar schöne Stunden miteinander verlebt zu haben.

Wochenendkurs für die männlichen Jugendgruppen der Geschäftsstelle Krefeld.

Die Geschäftsstellenleitung hatte die männlichen Jugendgruppen der Geschäftsstelle Krefeld zu einem Wochenendkurs am 22. und 23. Januar in Krefeld eingeladen. Sämtliche Jugendgruppen hatten der Einladung Folge geleistet. Kollege Steiger eröffnete um 4.30 Uhr den Kurs und sprach seine Freude über den unerwartet guten Besuch aus. Dann begrüßte er den Redner des ersten Tages, Kollegen Wilh. Göcke (Düsseldorf). Nachdem die geschäftlichen Fragen besprochen waren, erteilte der Kollege Steiger dem Referenten das Wort zu seinem Vortrage: „Warum christliche Gewerkschaften?“ Ausgehend vom Arbeiterstand der früheren Jahrhunderte, zeigte er die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung vom Revolutionsjahr 1848 an. Er erklärte noch kurz die heutige Einstellung der freien Gewerkschaften und bewies, daß die freien Gewerkschaften, trotz ihrer Behauptungen, neutral zu sein, sozialdemokratische und antireligiöse Gewerkschaften sind. Langanhaltender Beifall stattete dem Redner den Dank für seine interessanten und lehrreichen Ausführungen ab.

Getreu dem Grundsatz: „Nach der Arbeit kommt das Spiel“, blieben die Kollegen noch zu ein paar gemütlichen Stunden zusammen. Nieder und heitere Vorträge wechselten in bunter

Reihenfolge. Allzu schnell flogen die Stunden dahin, und gegen 9 Uhr schloß Kollege Stelger den ersten gutverlaufenen Kurstag.

Zum nächsten Kursumorgen waren trotz des schönen Wetters fast alle Kollegen wieder erschienen. Als Referent war der Kollege Maier aus Düsseldorf gekommen. Nach einer kurzen Besprechung durch den Kollegen Stelger und einem frisch gesungenen Liede nahm der Redner das Wort zu seinen Ausführungen.

Die Rede des Referenten des ersten Tages der Entwicklung der Gewerkschaften schildert er, ging Kollege Maier auf den Zweck und die Ziele der christlichen Gewerkschaftsbewegung ein. Zum Schluß verwies er noch auf die zu beschreitenden Wege zur Lösung der sozialen Frage.

Nach einem Schlußlied gingen alle Kollegen mit dem Wunsch nach Hause, noch öfters an einem solchen Kurstag teilnehmen zu können.

Kochen.

Ziel und Zweck der gewerkschaftlichen Jugendarbeit ist nicht nur, die Jugendkollegen mit den wirtschaftlichen Einrichtungen und Werkzeugen in der Theorie vertraut zu machen, sondern ihnen auch die Gelegenheit zu geben, diese in der Praxis kennen zu lernen.

Die mit Kohle gefüllten Waggons werden mittels einer Hebevorrichtung entleert. Durch einen Schacht rückt die Kohle über eine schneckenförmige Welle und fällt in Schöpfweimer, welche sich am laufenden Band bewegen.

Willy Hansen.

Bimpelweibe der männlichen Jugendgruppe Hülis.

Eine eindrucksvolle Feier veranstaltete die männliche Jugendgruppe Hülis am Samstag, dem 17. Januar. Galt es doch, den dortigen rührigen Jugendlichen ein Banner zu überreichen, unter dem sie sich in den kommenden guten und schweren Zeiten zusammenfinden sollen.

Zu Beginn der Feier konnte der Ortsgruppenvorsitzende, Kollege Johann Hoff, eine große Anzahl Mitglieder und Gäste begrüßen. Er hat besonders die älteren Mitglieder, die Jugendgruppe in ihrem zielklaren Willen tatkräftig zu unterstützen.

In bunter Reihenfolge wechselten Musikvorträge und gemeinschaftliche Lieder. Zwei Prologe, vorgelesen von einer Kollegin der weiblichen Jugendgruppe und einem Mitglied der männlichen Jugendgruppe, trugen zur Verschönerung des Abends wesentlich bei.

Jugend der Arbeit, ring dich empor! Trage dein Banner durchs leuchtende Tor, Des ewigen Bildnis schwebte voran — Jugend der Arbeit, brich deine Bahn.

Ausgehend von der Gründung der Gewerkschaftsbewegung schilderte er das damalige soziale und wirtschaftliche Elend der geknechteten Arbeiterschaft. In und außerhalb ihres Betriebes waren die Arbeiter unfrei. Geringe Löhne und eine übermäßig lange Arbeitszeit gereichten der Lohnarbeiterschaft zum Dank für ihr Schaffen und Arbeiten.

Reicher Beifall lohnte die trefflichen, begeisterten Ausführungen. Nach herzlichen Dankesworten des Vorsitzenden wurde das Theaterstück "Muttertränen" mit großem Verständnis aufgeführt. Auch im Theaterpiel vertieften alle Mitwirkenden eine fleißige Schulung.

Die vielen schönen, wertvollen Erinnerungen, in mühevoller Arbeit in den Gruppenabenden hergestellt, mußten dabei ihren Besitz wechseln.

Mit freundlichen Dankesworten an alle, die zum Gelingen der verbendenen Veranstaltung beigetragen, konnte der Vorsitzende den schönen Abend schließen.

Berichte aus den Ortsgruppen

Joseph A. E. Jährlich waren die Mitglieder dem Rufe des Vorstandes zur Hauptjahresversammlung gefolgt. Nach Besetzung der Niederschrift der letzten Versammlung wurden die erforderlichen Wahlen vorgenommen, die ohne Schwierigkeiten ihre Erledigung fanden.

Marktrebwig. Wieder fanden sich treue Gewerkschaftsveteranen und Arbeitskollegen am 7. Januar im hiesigen Vereinshaus zu einer Generalversammlung ein. Leider hat der Tod von der Ortsgruppe Marktrebwig im Jahre 1930 zweimal den Vorsitzenden gefordert, so daß diese Versammlung wieder der Kassierer einberufen mußte, da die Ortsgruppe schon seit November wieder verwaist war.

Soran. Generalversammlung am 15. Januar 1931 im goldenen Stern. Der Vorsitzende, Kollege Ludwig, eröffnete die Versammlung 8.30 Uhr mit dem Wunsch, daß das Jahr 1931 bessere wirtschaftliche Verhältnisse bringen möge als die vergangene Jahre.

Wirtschaftsnot wies der Kollege Fäßbender weiter auf die Kartell- und Preispolitik der Reichsregierung, die Zerstückelung der überhöhen Zinsfüße und die Beseitigung der Doppelverdiener aus den Betrieben hin.

Wahr (Waben). Sonntag, den 11. Januar d. J., hielt unsere Ortsgruppe im dichtbesetzten Schwanenfaal die übliche Generalversammlung ab. Nach Eröffnung der Versammlung durch den ersten Vorsitzenden, Kollegen Diebold, erfolgte die Verlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung durch den Schriftführer.

Bangen im Allgäu. Am Sonntag, dem 4. Januar, nachmittags 2.30 Uhr hielt unsere Ortsgruppe im Lokal zur Taube eine Kinderfeier ab, welche sehr gut besucht war. Punkt 8 Uhr nahm die Feier mit einem schönen Musikstück ihren Anfang. Als dann begrüßte der Vorsitzende, Kollege Rempter, die Kinder mit ihren Eltern, sowie sonstige Mitglieder, welche der Einladung gefolgt waren.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Neue Textil-Schiedsprüche. — Achtung: Betriebsratswahlen! — Alle Kräfte angespannt! — Die Aussperren in der englischen Baumwollindustrie. — Die Lehren aus dem Lohndruck im Reichsheim. — Das verheißene Experiment einer Tuchfabrik in der Pfalz! — Feuilletou: Zeitschriften-Versicherung. — Aus der Jugendbewegung. — Berichte aus den Ortsgruppen. — Inserate.

Schriftleitung: Otto Maier, Düsseldorf, Klosterstr. 7.

Lungen- und Asthmakranken Kropf. In unser Kropf-Tee „Silvana“ von hervorragender durchdringender Wirkung. Ihr Tee hat bei mir direkt Wunder gewirkt! schreibt E. W. in P. „Auswand, Nachschweiß, Fieber, Husten, Atembeschwerden hören sofort auf.“

Roman Greulich. Lithogr. Anstalt, Rosenstr. 43. Beitragsmarken, Rabattmarken.

Sächsische Bettfedern. Fabrik Paul Hoyer, Döllitzsch 143. Prov. Sachsen, Angersstraße 4. Seidlich Haus nur allerbeste, streng reelle Qualität.

3000 Theater- u. Reiseorgan für 3.25 RM. pro Stück, wie 106, mit 6000 großer Melodien. Jeder Organ erhält nur ein Stück! Großes Gesichtsmaß! Gute Klänge! Geöffnet 7 cm, aufgeschraubt 8 1/2 cm groß. Jeder ist entzückt!

Sprechapparate. außergewöhnlich billige, Vorwerk-Doppeldeckungsmodell, mit großer Metallkonstruktion, beste Gebrauchsqualität, mit Luxusantenne, Konzentration, anhaft. 195,- mit 100,- 50,- solange Vorrat reicht. Versäumen Sie nicht die Gelegenheit!

Max Horn, Orgel-Harmoniumfabrik Eisenberg/Härtlingen.